

Antrag

der Abg. Thomas Hentschel und Ayla Cataltepe u. a. GRÜNE

Projekt Rechtsstaat macht Schule

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Veranstaltungen im Rahmen des Projekts Rechtsstaat macht Schule pro Jahr stattfinden;
2. inwiefern (z. B. mit welchen Fallbeispielen) spezifisch auf die Lebensrealität der Jugendlichen eingegangen wird;
3. wie häufig die Teilnahme an diesem Projekt ist, aufgeschlüsselt nach Einrichtungstyp;
4. ob alle Anfragen für eine Teilnahme von Schulen umgesetzt werden können, oder manchen Schulen abgesagt werden muss und wenn ja, wieso und ob sich diese Zahl über die Zeit verändert hat;
5. welche Themen in dem Projekt in den Klassen aufgegriffen werden und ob es besonders häufig erörterte Themen gibt;
6. ob sich das Projekt im Laufe der Zeit z. B. in Bezug auf Themenschwerpunkte oder in Bezug auf die Ausführungsweise verändert bzw. weiterentwickelt hat;
7. welche Ergebnisse sich aus den Evaluationen des Projekts Rechtsstaat macht Schule in Bezug auf die Resonanz bei den Schülerinnen und Schülern ablesen lassen;
8. ob sich aus der Evaluation ablesen lässt, ob eine Mehrzahl der Lehrenden das Projekt als eine Bereicherung für ihre Schülerinnen und Schüler wahrnimmt;
9. ob sich das Projekt seit seiner Entstehung in Bezug auf die Anmeldezahlen verändert hat, sowohl hinsichtlich der teilnehmenden Schulen als auch der Dozierenden;
10. wie das Ministerium der Justiz und für Migration die Wirkung des Projekts in Bezug auf Erreichung der formulierten Ziele einschätzt (Stärkung zum einen des Respekts vor dem Rechtsstaat sowie zum anderen des Vertrauens in die Repräsentanten des Rechtsstaats und deren Entscheidungen).

23.5.2024

Hentschel, Cataltepe, Evers, Häusler, Kern, Tuncer, Andrea Schwarz GRÜNE

B e g r ü n d u n g

Das Projekt „Rechtsstaat macht Schule“ richtet sich an die Sekundarstufe I aller weiterführenden Schulen. Mit interaktiven Übungen und nachgestellten Gerichtsverhandlungen soll jungen Menschen Verständnis und Vertrauen für die Zusammenarbeit und das Wirken von Justiz und Polizei vermittelt werden. Der Antrag soll in Ergänzung der Stellungnahme zu Drucksache 17/4561 vom 4. April 2023 die Nachfrage- und Erfahrungswerte dieses Impulsprogramms aufzeigen.